

Zwischen Krieg und Repression

Eine Sammlung übersetzter Beiträge unserer Genoss*innen aus Paris zur aktuellen Situation im Iran



**10 Todesurteile und insgesamt 256 Jahre Haft für die Angeklagten im Fall
„Märtyrerplatz von Isfahan“**

IN DIESER AUSGABE

VORWORT	3
Iran: Krieg, Repression und die Kämpfe von unten	
FRAU, LEBEN, FREIHEIT	4
Zum vierten Jahrestag der Ermordung von Jina (Mahsa) Amini und des gesellschaftlichen Aufstands von 2022	
ANALYSE	8
Krieg, Diplomatie und Repression	
WIRTSCHAFT & REPRESSION	18
Iran: Eine akute Krisensituation	
GEWERKSCHAFTEN	22
Über die Situation der Gewerkschaften	
SOLIDARITÄT	24
„Jin Jiyan Azadi“ – Frau, Leben, Freiheit	
IMPERIALISTISCHER KRIEG	26
Die USA treffen eine Hochzeitsfeier und töten fünf Menschen	
MENSCHENRECHTE	28
Zehn Todesurteile und 256 Jahre Haft für die Angeklagten im Fall des „Märtyrerplatzes von Isfahan“	
ARBEIT	31
Das „Koolbari“ in Teheran	
GESPRÄCH	34
Die politische Ökonomie des Krieges gegen den Iran	

VORWORT

Iran: Krieg, Repression und die Kämpfe von unten

Diese Broschüre versammelt Beiträge unserer Genoss*innen aus Paris, die regelmäßig über die Entwicklungen im Iran berichten. Wir haben diese Texte ins Deutsche übersetzt, weil wir es wichtig finden, die Stimmen und Kämpfe der Menschen im Iran hier sichtbar zu machen.

Denn in der aktuellen Situation droht ein wichtiger Teil der Wirklichkeit im Iran unterzugehen. Im Schatten des Krieges und der Konfrontation zwischen imperialistischen Mächten und dem iranischen Regime wird wenig über diejenigen gesprochen, die im Iran selbst für ihre Rechte und gegen ihre Lebensbedingungen kämpfen: Arbeiter*innen, Rentner*innen, Lehrer*innen, Busfahrer*innen und viele andere.

Diese Kämpfe sind nicht neu. Sie haben eine lange Geschichte. Immer wieder organisieren sich Menschen selbst, streiken, protestieren und stellen sich gegen Ausbeutung, soziale Ungleichheit und die politische Unterdrückung durch das islamische Regime. Gleichzeitig werden Aktivist*innen verfolgt, verhaftet und mit schweren Strafen bis hin zur Hinrichtung bedroht.

Der Krieg macht diese Situation nicht besser. Im Gegenteil: Krieg stärkt nicht die Menschen, die gegen Unterdrückung kämpfen. Er schafft vielmehr neue Bedingungen für Repression und staatliche Kontrolle. Während die verschiedenen Regierungen ihre eigenen Interessen verfolgen, geraten die sozialen Kämpfe der Menschen aus dem Blick.

Deshalb wollen wir beides zusammen denken: **Weder die Repression des iranischen Regimes darf verschwiegen werden, noch darf die Bevölkerung zum Spielball eines Krieges und der Interessen imperialistischer Mächte werden.**

Wir sind gegen Krieg und für ein sofortiges Ende der militärischen Gewalt. Gleichzeitig stehen wir an der Seite der Menschen im Iran, die sich organisieren und gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Repression kämpfen.

Diese Broschüre soll deshalb nicht über den Iran „von oben“ erzählen. Sie soll den Blick auf die Menschen richten, die **von unten** ihre eigenen Kämpfe führen.■

Zum vierten Jahrestag der Ermordung von Jina (Mahsa) Amini und des gesellschaftlichen Aufstands von 2022

12. September 2026

Vier Jahre sind seit der Ermordung von Jina Mahsa Amini durch die iranischen Behörden vergangen – ein Verbrechen, das die lange unterdrückte Wut von Millionen Menschen entfacht und einen der größten und radikalsten Aufstände in der jüngeren Geschichte Irans ausgelöst hat.

Jina, eine junge Frau, die allein aufgrund reaktionärer Gesetze festgenommen wurde, die das Tragen des Schleiers vorschreiben, verlor ihr Leben, während sie sich in den Händen der Sittenpolizei der Islamischen Republik befand. Doch die Machthaber*innen konnten dieses Verbrechen nicht stillschweigend begraben.

Die Verbreitung der Nachrichten und der erschütternden Bilder von Jina führte noch am selben Abend zu den ersten Protesten vor dem Kasra-Krankenhaus in Teheran. Anschließend erhob sich bei einer historischen Trauerfeier in Kurdistan der Ruf „Frau, Leben, Freiheit“. Getragen von Wut und Auflehnung verbreitete er sich rasch im ganzen Land und gab den Anstoß zu einem der größten gesellschaftlichen Aufstände in der jüngeren Geschichte Irans.

Jinas Tod war kein gewöhnliches Ereignis: Er machte die Gewalt eines Systems sichtbar, das auf der Unterdrückung von Frauen, politischer Repression und der Verweigerung grundlegender Freiheiten beruht. Ihre Ermordung wurde zum Auslöser einer tiefgreifenden Revolte, in der Frauen und junge Menschen an die Spitze des Protests traten und sich eine über Jahrzehnte angestaute gesellschaftliche Wut Ausdruck verschaffte.

Die Ermordung Jinas war der Funke, doch die Bedingungen, die diesen Aufstand ermöglichten, hatten sich über mehrere Jahrzehnte entwickelt. Armut und Ungleichheit, die brutale Ausbeutung der Arbeitskraft, geschlechtsspezifische Diskriminierung, politische Repression, die Unterdrückung nationaler Minderheiten, Inhaftierungen und Hinrichtungen hatten in der Gesellschaft eine tiefe Wut angesammelt.

Der Aufstand im September 2022 war die Explosion dieser lange unterdrückten Wut: die Wut einer Gesellschaft, die die bestehende Ordnung nicht länger hinnehmen wollte.

Er rückte erneut die Frage der Revolution und die Frage nach dem revolutionären Subjekt in den Mittelpunkt der politischen Kräfteverhältnisse im Iran. Zugleich zwang er jene politischen Strömungen, die jahrelang gegen die Idee einer Revolution selbst mobilisiert hatten, sich mit dem revolutionären Willen und dem revolutionären Streben der Gesellschaft auseinanderzusetzen.

Eine der bedeutendsten Errungenschaften des Jina-Aufstands bestand darin, die Freiheit und Emanzipation der Frauen in den Mittelpunkt des politischen und gesellschaftlichen Kampfes zu stellen. Indem sie den Zwang zum Tragen des Schleiers ablehnten, mutig die Straßen eroberten und sich den frauenfeindlichen Gesetzen und Werten widersetzen, erhoben sich Frauen und junge Mädchen nicht nur gegen eine Kleidungs Vorschrift, sondern gegen ein System, das ihre Unterordnung zu einem grundlegenden Bestandteil seiner rechtlichen, politischen und kulturellen Ordnung macht.

Der Aufstand hat gezeigt, dass die Befreiung der Frauen untrennbar mit der Befreiung der gesamten Gesellschaft verbunden ist.

Vier Jahre nach der Ermordung Jinas ist es der Islamischen Republik trotz frauenfeindlicher Gesetze, Drohungen, Verhaftungen und staatlicher Repression nicht gelungen, diesen Widerstand zurückzudrängen. Die iranische Gesellschaft kann nicht mehr in die Situation vor September 2022 zurückkehren: Millionen Frauen und Männer haben faktisch die Legitimität der vom Regime auferlegten Gesetze und Werte zurückgewiesen.

„Frau, Leben, Freiheit“ bleibt daher eine lebendige Forderung nach Freiheit, Gleichheit und Emanzipation.

Der Jina-Aufstand entstand im iranischen Kurdistan, beschränkte sich jedoch nicht darauf. Von Saqqez, Sanandaj, Mahabad und Bukan bis nach Teheran, Rascht, Schiras, Isfahan, Maschhad, Zahedan und Dutzenden weiterer Städte gingen Menschen auf die Straße.

Die Islamische Republik hat stets versucht, die Kämpfe in Kurdistan und anderen unterdrückten Regionen zu isolieren, indem sie sie fälschlicherweise als Ausdruck des „Separatismus“ darstellte, um ihre Unterdrückung zu rechtfertigen.

Doch die Solidarität, die im ganzen Land zum Ausdruck kam – insbesondere die Stimmen aus Sistan und Belutschistan zur Unterstützung Kurdistans – sowie das

Zusammenkommen der Mobilisierungen von Arbeitenden, Frauen, Studierenden, Lehrkräften und Rentner*innen haben diese Politik der Spaltung durchkreuzt.

Der Jina-Aufstand hat damit gezeigt, dass der Kampf gegen nationale Unterdrückung, geschlechtsspezifische Diskriminierung, Armut, Ausbeutung und politischen Autoritarismus in einem gemeinsamen Kampf für die Emanzipation der gesamten Gesellschaft zusammenläuft.

Auf den gesellschaftlichen Aufstand antwortete die Islamische Republik mit blutiger Repression: Massaker, Verhaftungen, Folter, Hinrichtungen und der massive Einsatz des Sicherheitsapparats. Hunderte Menschen wurden getötet und Tausende verhaftet.

Doch das Abebben der Mobilisierung auf den Straßen bedeutete keineswegs das Ende des Kampfes. Der Widerstand der Frauen, die anhaltenden Kämpfe der Arbeitenden, die Mobilisierungen der Rentner*innen und Lehrkräfte sowie die Entschlossenheit der Familien, die Gerechtigkeit fordern, zeigen, dass die sozialen und politischen Grundlagen des Widerstands tief verankert bleiben.

Armut und Ungleichheit haben sich verschärft, prekäre und unsichere Beschäftigungsverhältnisse haben sich auf Millionen Arbeitende ausgeweitet, während Repression und Hinrichtungen zu gewöhnlichen Instrumenten der Machthaber*innen geworden sind, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten.

Der Kampf gegen die Unterdrückung der Frauen kann sich nicht auf die Abschaffung des Zwangsschleiers beschränken. Er muss das gesamte System patriarchaler Herrschaft angreifen: die Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, die vollständige Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen, die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frauen und den Bruch mit der patriarchalen Kultur.

Die Emanzipation der Frauen ist untrennbar mit dem Kampf gegen Armut, Ausbeutung und Klassenherrschaft verbunden. Es kann keine wirkliche Freiheit geben, solange Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse fortbestehen.

Die Befreiung der Frauen ist somit ein wesentlicher Bestandteil des Kampfes für die Emanzipation der gesamten Gesellschaft.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre und insbesondere die des Aufstands von 2022 haben gezeigt, dass die Menschen im Iran ihre Freiheit weder von ausländischen Mächten noch von reaktionären Kräften erwarten können.

Die rechte Opposition war mit ihren medialen Inszenierungen und diplomatischen Verhandlungen nicht in der Lage, die Dynamik des gesellschaftlichen Protests für sich zu nutzen, und erlitt einen deutlichen Misserfolg.

Während sie für den Sturz der Islamischen Republik kämpfen, lehnt die Mehrheit der Menschen im Iran entschieden jeden Versuch ab, von oben eine politische Alternative zu schaffen, irgendeine Form von Autoritarismus wiederherzustellen oder ausländischen Mächten die Entscheidung über die Zukunft der iranischen Gesellschaft zu überlassen.

Die Emanzipation der Menschen im Iran kann nur durch ihre eigene Mobilisierung, ihre Organisation und ihren gemeinsamen Kampf errungen werden.

Freiheit wird weder von oben noch von außen gewährt: Sie wird durch den bewussten, organisierten und unabhängigen Kampf der Menschen selbst errungen.

Eine der grundlegenden Lehren des Jina-Aufstands besteht darin, dass Mut und Mobilisierung, so stark sie auch sein mögen, die Gesellschaft ohne kollektive Organisation nicht dauerhaft verändern können.

Die wirkliche Stärke der Gesellschaft entsteht, wenn Arbeitende, Frauen, Studierende, Lehrkräfte und Rentner*innen ihre eigenen unabhängigen Organisationen und Strukturen nach dem Prinzip von Räten schaffen und stärken – an den Arbeitsplätzen und in den Wohnvierteln.

Diese Massenorganisationen sind nicht nur Instrumente des Kampfes gegen die Islamische Republik: Sie bilden auch die Grundlagen gesellschaftlicher Selbstverwaltung und der direkten Beteiligung der Arbeitenden sowie der Bevölkerung an der Gestaltung der zukünftigen Gesellschaft.

Der vierte Jahrestag der Ermordung Jinas ist nicht nur der Jahrestag der Erinnerung an ein Verbrechen: Er ist der Jahrestag eines weiterhin lebendigen Kampfes.

Wir gedenken Jina Amini und all jener Menschen, die während des revolutionären Aufstands im September 2022 ihr Leben verloren haben.

Lassen wir die Erinnerung an diejenigen, die gefallen sind, zu einer Kraft werden, um den Kampf für Freiheit, Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und Emanzipation fortzusetzen.

Es kann keine freie Gesellschaft ohne die Freiheit der Frauen geben und keine wirkliche politische Freiheit ohne soziale Gleichheit.

Die Emanzipation der gesamten Gesellschaft kann nur durch die bewusste, organisierte und unabhängige Mobilisierung der Menschen selbst errungen werden.

Ehre dem Andenken an Jina Amini und an all jene Menschen, die während des revolutionären Aufstands im September 2022 ihr Leben verloren haben.

Quelle: https://www.iran-echo.com/echo_pdf/12092026.pdf



ANALYSE

Krieg, Diplomatie und Repression

Die dreidimensionale Strategie der Islamischen Republik Iran

Saeed Rahnama · 29. August 2026

Mehr als ein Jahr ist seit dem zwölfjährigen Krieg im Juni 2025 vergangen. Damals griff Israel iranische Militäreinrichtungen an, tötete hochrangige Militärs und Nuklearwissenschaftler:innen, und die Vereinigten Staaten schlossen sich an, indem sie drei wichtige iranische Nuklearanlagen bombardierten. Der Iran reagierte mit Raketenangriffen auf Israel und auf einen US-amerikanischen Stützpunkt in Katar, bevor ein Waffenstillstand verkündet wurde.

Auch seit dem 39-tägigen Krieg, der im Februar 2026 begann, sind inzwischen mehr als sechs Monate vergangen. Dieser Konflikt führte zum Tod von Ali Khamenei, dem Obersten Führer der Islamischen Republik Iran (IRI), sowie zahlreicher hochrangiger politischer und militärischer Persönlichkeiten. Zudem kam es zu iranischen Angriffen auf US-amerikanische Stützpunkte in der Region. Gleichzeitig gab es diplomatische Bemühungen, die zu einem Memorandum of Understanding (MOU) zwischen den Vereinigten Staaten und dem Iran führten, das von den jeweiligen Präsidenten Donald Trump und Masoud Pezeshkian unterzeichnet wurde.

Wie bereits erwähnt, gingen diese beiden Kriege aus drei miteinander verbundenen Dynamiken hervor. Erstens versuchten die Vereinigten Staaten, ihre glo-

bale Hegemonie aufrechtzuerhalten und auszuweiten. Zweitens strebten die rechtsextreme israelische Regierung sowie zionistische jüdische und christliche Bewegungen – vor allem evangelikale Bewegungen – danach, eine Vision von „Großisrael“ voranzutreiben. Drittens versuchte die klerikale, militärische und wirtschaftliche Oligarchie der Islamischen Republik, ihren regionalen Einfluss zu bewahren und auszuweiten.

Dieser Artikel vertritt die These, dass die Islamische Republik angesichts des Krieges und einer zunehmenden inneren Instabilität eine Strategie mit drei Komponenten verfolgt: militärische Antworten auf die anhaltenden Auseinandersetzungen, diplomatisches Engagement und gleichzeitig eine Verschärfung der Repression im eigenen Land.

Obwohl diese Kriege Tausende Menschen das Leben gekostet, iranische Infrastruktur beschädigt und einen großen Teil der Führungsspitze der Islamischen Republik ausgeschaltet haben, führten sie nicht zu einem Regimewechsel. Im Gegenteil: Sie haben die Grenzen der Zwangsmacht der Vereinigten Staaten und Israels deutlich gemacht und die Region mit anhaltenden Konflikten sowie der Möglichkeit eines neuen großen Krieges zurückgelassen.

Krieg und Diplomatie

Das 14-Punkte-Memorandum of Understanding – das unter anderem das Ende der Militäroperationen an allen Fronten, einschließlich im Libanon, die Aufhebung der von den Vereinigten Staaten verhängten Seeblockade, den „Entwurf“ eines 300 Milliarden US-Dollar umfassenden Plans für Wiederaufbau und wirtschaftliche Entwicklung sowie die Aufhebung sämtlicher Sanktionen gegen die Islamische Republik, einschließlich der Resolutionen des UN-Sicherheitsrates, vorsah – stellte einen Erfolg für das islamische Regime und zugleich eine Erleichterung für die missratene Politik der Trump-Regierung dar.

Im Gegenzug erklärte sich die Islamische Republik Iran bereit, den gegenwärtigen Status ihres Atomprogramms beizubehalten, gleichzeitig aber weder Atomwaffen zu beschaffen noch solche zu entwickeln. Außerdem erlaubte sie Handelsschiffen, sich 60 Tage lang kostenlos und frei zwischen dem Persischen Golf und dem Golf von Oman und in umgekehrter Richtung zu bewegen.

Dieses Abkommen wurde niemals umgesetzt, und die den Vereinigten Staaten und dem Iran eingeräumte Frist von 60 Tagen zur Aushandlung einer endgültigen Vereinbarung ist inzwischen abgelaufen.

Die Regierung Netanjahu stellte sich entsprechend ihrer langjährigen Politik gegenüber der Islamischen Republik vehement gegen dieses Abkommen und war bereit, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um es zum Scheitern zu bringen.

Unter anderem bombardierte sie am 14. Juni, zwei Tage nach dem Abschluss des Memorandums, ein mehrheitlich schiitisches Viertel in Beirut.¹

Gleichzeitig scheint die Trump-Regierung davon ausgegangen zu sein, dass sie durch eine Verzögerung bei der Umsetzung des Abkommens und eine Verschärfung des wirtschaftlichen Drucks auf Teheran die Islamische Republik zu weiteren Zugeständnissen zwingen könnte.

Teheran wiederum scheint kalkuliert zu haben, dass die Aufrechterhaltung der Schließung der Straße von Hormus Druck auf die Trump-Regierung ausüben würde, weitere Zugeständnisse zu machen – umso mehr, als die Zwischenwahlen näher rückten und die Unzufriedenheit der US-amerikanischen Öffentlichkeit mit dem Krieg zunahm.

Neben ihren offensiven Fähigkeiten im Bereich von Raketen und Drohnen, die benachbarte arabische Länder bedrohen, in denen sich US-amerikanische Militärstützpunkte befinden, beruht die größere Widerstandsfähigkeit des islamischen Regimes teilweise auf seinem ideologischen Charakter und seiner seit Langem bestehenden Geringschätzung der Folgen des Krieges für den Iran und die Menschen im Iran.

Ein ähnliches Muster zeigte sich während des achtjährigen Iran-Irak-Krieges. Nachdem die iranischen Streitkräfte 1981 die einmarschierende irakische Armee aus dem iranischen Staatsgebiet vertrieben und damit Saddam Husseins Invasion

¹Seit Anfang März 2026 haben die verschiedenen Angriffe der israelischen Armee auf den Libanon nicht aufgehört.

L'Orient-Le Jour schrieb am 25. August 2026 über den Südlibanon:

„Israel scheint das Tempo seiner Abrisse und Zerstörungen in der besetzten ‚Pufferzone‘ im Südlibanon beschleunigt zu haben. Der Dienstag war von einer Reihe von Sprengungen und von Bränden geprägt, die in mehreren Gebieten gelegt wurden.“

Nach Angaben unseres Korrespondenten Mountasser Abdallah gingen die israelischen Streitkräfte insbesondere in den westlichen Bereichen des Grenzstreifens gegen Mansouri vor, ein Dorf im Bezirk Tyros, das durch die ‚Gelbe Linie‘ geteilt wird. Diese Linie markiert die Grenze des Gebiets, in dem die israelische Armee jeglichen Zugang verhindert.

Im zentralen Bereich wurden unterdessen mehrere Angriffe zwischen Hariss und Haddatha gemeldet, die unmittelbar an der nördlichen Grenze der Pufferzone liegen.“ (*Red.*)

innerhalb weniger Monate zurückgedrängt hatten, hätte der Iran den Krieg beenden können.

Stattdessen übernahmen der damalige Oberste Führer, Ayatollah Khomeini, und sein Umfeld die Parolen „Krieg, Krieg bis zum Sieg“ und „Von Bagdad nach Quds (Jerusalem)“ und verlängerten den Konflikt um weitere sieben Jahre.

Schließlich sahen sie sich 1988 nach enormen Verlusten gezwungen, einem demütigenden Waffenstillstand zuzustimmen.

Obwohl die Situation heute anders ist – der Machtblock ist stärker gespalten als je zuvor und die Islamische Republik verfügt in den Augen eines großen Teils der Bevölkerung über kaum noch Legitimität –, scheinen die radikalen Fraktionen des Regimes eine ähnliche Strategie zu verfolgen.

Machtkampf innerhalb des Machtblocks

Differenzen innerhalb des Machtblocks der Islamischen Republik gibt es seit deren Anfängen. Zu verschiedenen Zeiten standen sich religiöse Pragmatiker:innen und religiöse Idealist:innen, die unter unterschiedlichen Bezeichnungen auftraten, gegenüber.

Unter Ruhollah Khomeini [Dezember 1979 bis Juni 1989] und anschließend unter Ali Khamenei [Juni 1989 bis Februar 2026] war der Oberste Führer in der Lage, diese Konflikte zu steuern.

Der derzeit designierte Oberste Führer Mojtaba Khamenei, der bisher nicht öffentlich aufgetreten ist und über dessen Gesundheitszustand nichts bekannt ist, dürfte jedoch kaum in der Lage sein, diese Konflikte wirksam zu kontrollieren, solange er sich weiterhin aus der Öffentlichkeit heraushält.

Vermutlich werden Erklärungen in seinem Namen veröffentlicht, ebenso wie wichtige Ernennungen und personelle Veränderungen im militärischen und sicherheitsrelevanten Bereich.

Er stimmte auch dem Memorandum of Understanding (MOU) zu, das von 12 der damals 13 Mitglieder des Obersten Nationalen Sicherheitsrates (SNSC) bestätigt wurde – des höchsten iranischen Entscheidungsgremiums für Verteidigung, Sicherheit und Außenpolitik. Allerdings fügte er hinzu, dass er „grundsätzlich“ eine andere Meinung vertrete.

Obwohl fast alle Mitglieder des SNSC, die für das Memorandum stimmten, dem Hardliner-Lager angehörten und zwei von ihnen Vertreter des Obersten Führers

waren, löste allein die Tatsache, dass überhaupt eine Vereinbarung mit den Vereinigten Staaten zustande gekommen war, bei der Basis der Hardliner großen Unmut aus.

Diese Basis war seit mehr als vier Jahrzehnten mit antiamerikanischer Propaganda geprägt worden.

Die wichtigsten Entscheidungsträger des Regimes sind sich vollkommen bewusst, dass sie diese Basis benötigen und dass ihnen ohne sie weniger Kräfte zur Verfügung stünden, um der unzufriedenen Mehrheit der Bevölkerung entgegenzutreten, die bislang sechs große Mobilisierungen gegen das Regime durchgeführt hat.

Der Konflikt zwischen kompromisslosen Konservativen und Pragmatiker:innen hat inzwischen einen solchen Punkt erreicht, dass einige einflussreiche Hardliner die Hinrichtung von Präsident Pezeshkian und Mohammad Bagher Ghalibaf, dem Parlamentspräsidenten und Leiter der Verhandlungsdelegation, gefordert haben.

Die Neubesetzung der Führung spiegelt ebenfalls die Veränderung des Kräfteverhältnisses wider.

Mohsen Rezaei, während des Iran-Irak-Krieges Kommandeur der Revolutionsgarden (IRGC), löste den bisherigen Sekretär des Obersten Nationalen Sicherheitsrates ab. Gleichzeitig wurden neue Kommandeure an die Spitze der Streitkräfte und der Revolutionsgarden berufen.

Alle stehen Mojtaba Khamenei nahe.

In seiner ersten Erklärung stellte General Rezaei von den Revolutionsgarden Bedingungen für eine Wiederöffnung der Straße von Hormus: die Beendigung sämtlicher regionaler Kriege im Nahen Osten, in Gaza, im Libanon und in den Gebieten der regionalen Verbündeten Irans; die Aufhebung der Seeblockade gegen den Iran; die Freigabe iranischer Gelder sowie eine Änderung des Vorgehens der Vereinigten Staaten.

Diese Pattsituation – weder Krieg noch Frieden – kann jedoch nicht auf unbestimmte Zeit andauern und könnte den Iran in eine zunehmend gefährliche Lage bringen.

Sollte eine neue militärische Konfrontation zwar auch die Vereinigten Staaten und ihre regionalen Verbündeten vor erhebliche Probleme stellen, könnte die Bombardierung iranischer Infrastruktur – insbesondere des Stromnetzes, der Wasserversorgung und der Raffinerien – das Land verwüsten und katastrophale Folgen für die Bevölkerung haben.

Die Vereinigten Staaten verfolgten während ihrer Invasion des Irak eine ähnliche Strategie, unter der Millionen Iraker:innen litten. Es gibt keine Garantie dafür, dass sie gegenüber dem Iran nicht vergleichbare Maßnahmen ergreifen würden.

Nachdem es den Vereinigten Staaten auf militärischem Weg nicht gelungen ist, die Islamische Republik in die Knie zu zwingen, hoffen sie nun, dass sie durch eine Verschärfung der Wirtschaftsblockade und der sogenannten Sekundärsanktionen das Regime in Teheran zur Kapitulation zwingen oder einen Aufstand gegen dieses Regime fördern können.

Wie bei anderen Sanktionen wird auch in diesem Fall die Bevölkerung die Hauptlast tragen.

Die Fortsetzung der Seeblockade und die von Trump ausgesprochene neue Drohung mit einem „Wirtschaftskrieg“ setzen die iranische Wirtschaft bereits massiv unter Druck.

Nach Angaben einiger Quellen verliert der Iran täglich fast 500 Millionen US-Dollar und hat Schwierigkeiten, eine zuverlässige Versorgung mit wichtigen Importgütern, insbesondere Gas, sicherzustellen.

Deshalb ist ein Teil der herrschenden Oligarchie – über ihre ideologischen Anliegen oder ihre „himmlischen“ Versprechen hinaus – ebenfalls zutiefst darum bemüht, ihre erheblichen materiellen Interessen zu schützen. Dieser Teil drängt auf den Abschluss einer Vereinbarung und eine Rückkehr zum Memorandum of Understanding (MOU).

Noch ist unklar, welche Fraktion sich letztlich durchsetzen wird.

Dennoch deutet die jüngste Neubesetzung der militärischen und sicherheitsrelevanten Führung darauf hin, dass das Regime zwar militaristischer geworden ist und sich auf einen lang andauernden Krieg sowie neue Konfrontationen vorbereitet, zugleich aber auch nach einer diplomatischen Lösung sucht – insbesondere als Reaktion auf die neue Drohung eines Wirtschaftskrieges seitens der Vereinigten Staaten.

Gleichzeitig ist das Regime zutiefst besorgt über die unmittelbar drohende Gefahr eines erneuten Aufstands einer unzufriedenen Bevölkerung.

Dem inneren „Feind“ begegnen

Zwischen den weiter oben erwähnten zwölf- und 39-tägigen Kriegen erlebte der Iran im Winter 2025/2026 seine größte Protestbewegung – eine Bewegung, die noch größer war als jene von 2022 unter dem Motto „Frau, Leben, Freiheit“.

Die Proteste begannen auf dem Basar von Teheran als Reaktion auf den Anstieg der Preise, der durch eine starke Abwertung der Landeswährung und den Anstieg der Kosten für ausländische Währungen ausgelöst worden war. Dies wiederum führte zu steigenden Preisen für Rohstoffe und importierte Produkte.

Wie bei anderen Bewegungen nahmen die Proteste trotz ihrer wirtschaftlichen Ausgangspunkte in den Städten des ganzen Landes rasch eine politische Dimension an.

Verschiedene Teile der neuen und traditionellen Mittelschichten, Arbeiter:innen und andere Beschäftigte, Rentner:innen, Student:innen und in einigen Fällen auch Landwirt:innen – die gegen die Wasserknappheit und die Nichtzahlung ihrer Forderungen durch die Regierung protestierten – schlossen sich der Bewegung an.

In den ersten elf Tagen, beginnend am 28. Dezember 2025, ähnelte diese spontane Bewegung den vorherigen Protestbewegungen. Sie war geprägt von friedlichen Demonstrationen, Zusammenstößen mit Sicherheitskräften und Basij-Einheiten sowie kurzfristigen Protestaktionen.

Später wurde die Bewegung jedoch von der israelischen Regierung und von der monarchistischen iranischen Opposition im Ausland politisch instrumentalisiert – einer opportunistischen Opposition, die enge Verbindungen zu Israel unterhält.

Am 8. Januar 2026 verkündete Reza Pahlavi, der Sohn des gestürzten Schahs, im Rahmen einer stark manipulierten Kampagne in den sozialen Netzwerken, dass Hilfe eintreffen werde.

Immer mehr Menschen – verzweifelt in ihrem Wunsch nach einem politischen Wandel, aber auch Anhänger:innen Pahlavis – gingen auf die Straße, häufig gemeinsam mit ihren Familien.

Das Regime reagierte voller Angst mit beispielloser Gewalt. Es setzte Ansar-e Hezbollah [„Anhänger der Partei Gottes“: eine ultraradikale paramilitärische Organisation], die Basij-Kräfte und Berichten zufolge auch Hilfstruppen ein, die aus den Nachbarländern rekrutiert worden waren.

Das genaue Ausmaß der Massaker ist weiterhin unbekannt. Nach einigen Schätzungen sollen jedoch innerhalb von zwei Tagen mehrere Tausend Menschen erschossen worden sein, darunter auch junge Mädchen und Jungen.

Das Internet, das bereits zu Beginn abgeschaltet worden war, blieb trotz der enormen wirtschaftlichen Verluste und des Wegfalls von Millionen Arbeitsplätzen gesperrt.

Weitgehend wird davon ausgegangen, dass Netanjahu Trump davon überzeugt hatte, dass die Iraner:innen nach der Ermordung des Obersten Führers aufstehen und das Regime stürzen würden.

Zur großen Enttäuschung Netanjahus und Reza Pahlavis geschah dies nicht.

Im Gegenteil: Die ausländische Intervention und die Wiederaufnahme des Krieges im Juni 2026 versetzten der Bewegung ihre verheerendsten Schläge. [Zu den Plänen der Regierung von Benjamin Netanjahu für „ihren Krieg“ gegen den Iran siehe den Artikel von Luis Imbert in *Le Monde* vom Freitag, 28. August 2026, S. 2 und 3. – Red.]

Angesichts der Verschärfung der wirtschaftlichen Lage, der galoppierenden Inflation und der steigenden Arbeitslosigkeit ist die Möglichkeit eines erneuten großen Aufstands jedoch durchaus real.

Daher verstärkt das Regime seinen Repressionsapparat.

Die Ernennung von Hossein Taeb an die Spitze der paramilitärischen Basij-Organisation, die mit dem Korps der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) verbunden und ein wichtiges Instrument der brutalen Unterdrückung sozialer Bewegungen ist, muss als Teil der Strategie für den Umgang mit möglichen neuen Protesten betrachtet werden.

Taeb ist ein hochrangiger Funktionär des Korps der Islamischen Revolutionsgarden, ein enger Vertrauter des neuen Obersten Führers und ein gefürchteter Geistlicher innerhalb des Sicherheitsapparats. Ihm wird zugeschrieben, die Tötung und Verstümmelung Tausender Demonstrierender überwacht zu haben.

Sein erklärter Auftrag besteht darin, die Basij als „Volksgeheimdienstnetzwerk“ auszuweiten und zu stärken und damit „jede:n Bürger:in“ zu einem Mitglied der Basij zu machen.

Bereits die jeden Abend in den großen Städten organisierten Versammlungen in den Stadtvierteln zur Unterstützung des Krieges sowie die Schattenjustiz des

Regimes, die Todesurteile verhängt, haben erheblich zur Ausweitung des Terrors beigetragen.

Nach Angaben der NGO IHRNGO, Iran Human Rights, wurden allein im Juli dieses Jahres 71 Menschen hingerichtet, von denen einige beschuldigt wurden, Agent:innen Israels zu sein.

Insgesamt wurden 2026 bereits 444 Menschen gehängt.

Zahlreiche bekannte Anwält:innen, Wissenschaftler:innen, Journalist:innen und Künstler:innen befinden sich im Gefängnis, darunter Narges Mohammadi, eine bedeutende Feministin und Trägerin des Friedensnobelpreises.

Das Regime hat außerdem begonnen, die Pflicht zum Tragen des Kopftuchs wieder stärker durchzusetzen, nachdem diese Vorschrift nach der beeindruckenden Bewegung „Frau, Leben, Freiheit“ praktisch aufgegeben worden war.

Das Parlament des Regimes ist derzeit dabei, einen neuen Gesetzentwurf zu verabschieden, der jeglichen Kontakt mit ausländischen Medien und Universitäten verbieten soll, sofern keine Genehmigung der Sicherheitsbehörden vorliegt.

Zum Abschluss

Die israelisch-amerikanische militärische Aggression gegen den Iran hat die Islamische Republik keineswegs geschwächt, sondern das Regime radikaler und aggressiver gemacht.

Sie hat die Opposition weiter gespalten und den unabhängigen sozialen Bewegungen im Iran einen schweren Schlag versetzt.

Viele Menschen außerhalb des Iran, darunter auch einige aus progressiven Kreisen, haben die Islamische Republik begrüßt und sie als „antiimperialistische“ Kraft gefeiert – allein deshalb, weil sie als der einzige Staat betrachtet wird, der in der Lage sei, der israelischen und US-amerikanischen Aggression die Stirn zu bieten.

Es ist jedoch ein schwerer Fehler, den reaktionären Charakter des Regimes und die erheblichen Schäden zu ignorieren, die es dem Iran und der iranischen Gesellschaft zugefügt hat.

Genau diese Position wird von einigen progressiven Intellektuellen außerhalb des Iran vertreten, insbesondere in einem offenen Brief, der von iranischen und

nichtiranischen Wissenschaftler:innen, Journalist:innen, Anwält:innen und Menschenrechtsaktivist:innen unterzeichnet wurde und sowohl die US-amerikanisch-israelische Aggression als auch die Islamische Republik verurteilt.

Ebenso weisen die Verfasser:innen eines kürzlich im *Guardian* veröffentlichten und an politische Gefangene im Iran gerichteten Briefes, der von bekannten nichtiranischen Wissenschaftler:innen und Aktivist:innen unterzeichnet wurde, zu Recht darauf hin: „Auf der einen Seite seid ihr mit der Herrschaft der Islamischen Republik konfrontiert; auf der anderen mit den imperialistischen Kräften, gegen die die Republik vorgibt zu kämpfen.“ (Siehe unten den Text dieses Briefes vom 20. August 2026.)

Leider wurde diese wichtige Initiative namhafter, progressiver und weithin anerkannter nichtiranischer Intellektueller von einigen angegriffen, die sich auf ein falsches Verständnis des antiimperialistischen Kampfes stützen und ein repressives Regime wie die Islamische Republik unterstützen.

Dies ist dieselbe verhängnisvolle Auffassung, die ein Teil der iranischen Linken nach der Revolution von 1979 vertrat: Allein weil das islamische Regime im Konflikt mit den Vereinigten Staaten stand und es zur Geiselnahme in der US-Botschaft in Teheran [4. November 1979 bis 20. Januar 1981] gekommen war, betrachteten sie dieses Regime als „antiimperialistisch“.

Als Reaktion auf die Angriffe gegen den im *Guardian* veröffentlichten Brief brachte eine große Gruppe iranischer Intellektueller und Wissenschaftler:innen ihre uneingeschränkte Unterstützung für die Unterzeichner:innen dieses Briefes zum Ausdruck [siehe den auf der Website von **Inprecor** veröffentlichten Text].

Seit fast einem halben Jahrhundert versucht die Islamische Republik, den Iran und die iranische Gesellschaft nach ihren eigenen autoritären und religiös-konservativen Vorstellungen zu formen.

Die gewaltige Bewegung „Frau, Leben, Freiheit“, die weltweit Aufmerksamkeit erregte und in der Frauen und junge Menschen im Iran trotz der brutalen Repression des Regimes eine führende Rolle spielten, war ein machtvoller Ausdruck des Scheiterns dieses reaktionären Projekts.

Die sozialen Bewegungen und Aufstände der vergangenen Jahrzehnte haben gezeigt, dass es nicht ausländische Mächte sind, die ihre eigenen hegemonialen Interessen verfolgen, sondern die Menschen im Iran selbst, die letztlich das gegenwärtige Regime durch eine wahrhaft demokratische, säkulare und progressive Republik ersetzt werden.

Genau aus diesem Grund dürfen die Opposition gegen imperialistische Aggression und die Opposition gegen die Islamische Republik nicht als sich gegenseitig ausschließende Positionen betrachtet werden.

Beides ist notwendig, wenn es darum geht, die Menschen im Iran zu verteidigen und die Möglichkeit einer demokratischen und emanzipatorischen Zukunft zu bewahren.

(Artikel veröffentlicht auf der Website von New Politics am 27. August 2026; Übersetzung: Redaktion À l'Encontre.)

ZUM AUTOR

Saeed Rahnema ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft und Public Policy an der York University in Kanada und Träger mehrerer Auszeichnungen. Zu seinen jüngeren englischsprachigen Veröffentlichungen gehören *The Transition from Capitalism: Marxist Perspectives* (2016, 2019), erschienen bei Palgrave MacMillan, sowie der Artikel „Lessons of Socialist Reformisms: Revisiting the German, Swedish, and French Social Democracies“, veröffentlicht in der Zeitschrift *Socialism and Democracy*, Bd. 36, 2022.

Quelle: <https://alencontre.org/ameriques/americonord/usa/iran-guerre-diplomatie-et-repression-la-strategie-en-trois-dimensions-de-la-republique-islamique-diran.html>



WIRTSCHAFT & REPRESSION

Iran: Eine akute Krisensituation

Babak Kia · 9. September 2026

Am 31. August 2026 versammelten sich in Gatchsaran mehrere junge Menschen, die auf der Suche nach Arbeit sind, um gegen die diskriminierenden Einstellungspraktiken der Raffinerie von Lishter zu protestieren. Die Sicherheitskräfte eröffneten das Feuer, um die Versammlung aufzulösen. Dabei wurde mindestens eine Person verletzt.

Da Trump den Krieg nicht gewinnen kann, verstrickt er sich immer weiter. Die Islamische Republik Iran reagiert auf die amerikanischen Bombardierungen Schlag auf Schlag.

Angesichts der bevorstehenden Zwischenwahlen in den Vereinigten Staaten und der Parlamentswahlen in Israel können Trump und Netanjahu nicht zurückweichen. Dies lässt befürchten, dass sich die Eskalation weiter fortsetzt und der Krieg in den kommenden Wochen intensiver wird.

Die Schließung der Straße von Hormus, die Seeblockade und die von den Vereinigten Staaten verhängten Sanktionen, die rasant steigende Inflation, die Armut und die Verschärfung der Wirtschaftskrise haben die iranische Gesellschaft an den Rand einer sozialen Explosion gebracht.

Die Verschlechterung der Lebensbedingungen geht mit einer zunehmenden Militarisierung des Regimes, einem Anstieg der Hinrichtungen und einer Verschärfung der Repression einher.

Die Machthaber*innen verstärken ihren Sicherheitsapparat. Davon zeugt unter anderem ein Gesetzentwurf, der am 16. August dem Parlament vorgelegt wurde und sich mit der „Infiltration durch ausländische Geheimdienste und entsprechende Organisationen“ befasst.

Drei Tage später wurden neun hochrangige Verantwortliche aus der Justiz, Führungspersonen der Gefängnisorganisation und der Generalinspektion des Landes sowie Verantwortliche aus Sicherheitsorganen, den Revolutionsgarden und den Basidsch-Milizen ihres Amtes enthoben und ersetzt.

Diese angebliche „Reform“ dient vor allem dazu, die Repressionsfähigkeit des Regimes angesichts künftiger Aufstände zu stärken.

Der Oberste Führer, Ayatollah Mojtaba Khamenei, ersetzte den Sekretär des Obersten Nationalen Sicherheitsrates (SNSC) Irans durch einen ehemaligen hochrangigen Kommandeur des Korps der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC).

Dieser überraschende Wechsel an der Spitze des Rates rückt Mohsen Rezaee ins Zentrum der Entscheidungsprozesse im Bereich der nationalen Sicherheit.

Die unerwartete Ernennung von Mohsen Rezaï, einem ehemaligen hochrangigen Kommandeur des Korps der Islamischen Revolutionsgarden während des Iran-Irak-Krieges, in den „Obersten Nationalen Sicherheitsrat“ sowie die Ernennung von Hossein Taëb an die Spitze der Basidsch-Milizen sind Beispiele dafür.

Taëb, ehemaliger Geheimdienstchef der Revolutionsgarden, ist eine zentrale Figur des iranischen Sicherheitsapparats und wird insbesondere mit der Repression gegen gesellschaftliche Aufstände und gegen Oppositionelle in Verbindung gebracht.

Eine Wirtschaft in Trümmern

Washington verschärft die Seeblockade und die Sanktionen weiter.

Am 20. August kündigten die Vereinigten Staaten neue Maßnahmen an, mit denen Ländern, die Iran dabei helfen, die Sanktionen zu umgehen, oder Handelsbeziehungen mit Iran unterhalten, schwere Sanktionen angedroht werden.

Sollten diese Maßnahmen tatsächlich umgesetzt werden, würde sich die wirtschaftliche und soziale Lage für die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung noch weiter verschärfen.

Die unmittelbaren Folgen: ein erneuter Einbruch der Landeswährung und ein neuerlicher drastischer Anstieg der Preise.

Die Blockade der Straße von Hormus beeinträchtigt die Importe erheblich. Ein Beispiel dafür ist der Rückgang der Medikamentenexporte aus Indien nach Iran.

Im August 2026 gab ein iranisches Pharmaunternehmen eine durchschnittliche Preiserhöhung von 117 Prozent für 82 Medikamente bekannt. Bei einigen Wirkstoffen stiegen die Preise um mehrere hundert Prozent.

So stieg zwischen September 2025 und September 2026 der Preis für Amoxicillin um 284 Prozent, der Preis für Ibuprofen um 110 Prozent.

Hinzu kommt ein erheblicher Benzinmangel, der das Regime dazu veranlasst, die Subventionen zu kürzen und den Verbrauch zu begrenzen.

Diese Situation verdeutlicht die zunehmenden Schwierigkeiten bei der Produktion, dem Import und der Verteilung von Treibstoffen.

Die Sorge der iranischen Führung

Der Präsident des iranischen Parlaments, Mohammad-Bagher Ghalibaf, erklärte am 21. August:

” *Wir können über jede militärische Macht verfügen, die wir wollen, aber ohne Finanzströme, wirtschaftliches Wachstum und nationale Produktion werden wir einem hungernden Menschen nicht standhalten können.*

— Mohammad-Bagher Ghalibaf, Parlamentspräsident, 21. August 2026

Auch Präsident Massoud Pezeshkian spricht von einem regelrechten Wirtschafts-, Militär- und Sicherheitskrieg.

Er räumt den Rückgang der Importe und Exporte sowie die finanziellen Einschränkungen ein, die sich auf staatliche Unterstützungsleistungen für die Bevölkerung, die Auszahlung von Löhnen und Sozialleistungen auswirken.

Er erklärte außerdem, „es wäre besser, den Krieg noch heute zu beenden“, womit er indirekt die Führung der Revolutionsgarden infrage stellte, die eine zentrale Rolle bei der Festlegung der strategischen Ausrichtung des Regimes spielt.

Als Reaktion darauf beschuldigen die den Revolutionsgarden nahestehenden politischen Strömungen und ihre Medien diejenigen, die die gegenwärtige Politik kritisieren, „Lakaien Trumps und Netanjahus“ zu sein.

Wenige Tage vor dem vierten Jahrestag des Todes von Jina Mahsa Amini und des Aufstands „Frau, Leben, Freiheit“ fürchtet die Führung insbesondere eine erneute Mobilisierung von Arbeitenden, Frauen, jungen Menschen und Angehörigen nationaler Minderheiten.

Zwischen der Gewalt des US-amerikanischen Imperialismus und jener der reaktionären Diktatur eingeklemmt, kämpfen die Menschen im Iran um ihr Überleben, ihre Würde und ihre Freiheit.

Sie brauchen unsere antiimperialistische Solidarität.

Quelle: https://www.iran-echo.com/echo_pdf/crise.pdf



GEWERKSCHAFTEN

Über die Situation der Gewerkschaften

Warum gilt es als normal, dass sich Dutzende Arbeitgeberorganisationen bilden, während die Gründung auch nur einiger weniger unabhängiger Gewerkschaften von Arbeitenden zu einem Ausnahmephänomen geworden ist?

Tarnamaye Davtalab · 7. August 2026

In diesen Tagen fragen sich einige Menschen, warum von allen im Land registrierten Berufs- und Interessenorganisationen fast alle Arbeitgeberorganisationen sind. Warum gibt es dagegen praktisch keine Organisationen, die die Interessen der Arbeitenden vertreten?

Sind Arbeitgeber*innen tatsächlich stärker als Arbeitende daran interessiert, sich zusammenzuschließen, sich zu organisieren und Organisationen zur Verteidigung ihrer eigenen Interessen zu schaffen? Oder sieht die Realität ganz anders aus?

Der Unterschied in den Kräfteverhältnissen zwischen Arbeitenden und Arbeitgeber*innen ist tatsächlich entscheidend:

Arbeitgeber*innen verfügen über finanzielle Ressourcen, Beziehungs- und Kontaktnetzwerke sowie einen größeren Zugang zu Entscheidungsträger*innen und Institutionen. Die gemeinsame Organisation stellt in der Regel keine Bedrohung für ihre wirtschaftliche Position dar.

Im Gegensatz dazu arbeiten viele Beschäftigte in befristeten und prekären Arbeitsverhältnissen. Ihr Engagement in gewerkschaftlichen Aktivitäten kann sie dem Risiko einer Kündigung, einer Nichtverlängerung ihres Arbeitsvertrags oder anderen administrativen und sicherheitsbehördlichen Repressionen aussetzen.

Daher sind die Kosten und Risiken einer kollektiven Organisation für Beschäftigte deutlich höher.

Darüber hinaus sieht das iranische Arbeitsrecht bestimmte Formen von Organisationen für Beschäftigte vor. Die Möglichkeit, unabhängige Gewerkschaften außerhalb dieses Rahmens zu registrieren und tatsächlich zu betreiben, stößt jedoch auf rechtliche und praktische Einschränkungen.

Folglich sind die Möglichkeiten für die Entwicklung unabhängiger gewerkschaftlicher Organisationen wesentlich stärker begrenzt als die Möglichkeiten für Arbeitgeberorganisationen.

Ein weiterer wichtiger Faktor ist das Fehlen eines wirksamen rechtlichen Schutzes des Streikrechts.

Die historische Erfahrung vieler Länder zeigt, dass unabhängige Gewerkschaften in der Regel nicht dadurch entstanden sind, dass Regierungen freiwillig Zugeständnisse machten. Vielmehr waren es die Arbeitenden selbst, die durch Streiks und kollektive Aktionen Regierungen und Arbeitgeber*innen dazu bewegen konnten, das Recht auf Organisation und auf kollektive Verhandlungen anzuerkennen.

Wenn ein Streik jedoch mit schwerwiegenden beruflichen, administrativen oder sicherheitsbezogenen Konsequenzen verbunden ist, verlieren Arbeitende eines ihrer wichtigsten Druckmittel, um die Anerkennung unabhängiger Gewerkschaften durchzusetzen.

Daher sollte die geringe Zahl unabhängiger Gewerkschaften von Arbeitenden nicht auf ein mangelndes Interesse der Beschäftigten zurückgeführt werden.

Diese Situation ist vor allem das Ergebnis ungleicher Ressourcen, der mit kollektiver Organisation verbundenen Kosten und des Kräfteverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital.

Auf der einen Seite können Arbeitgeber*innen ihre Organisationen mit vergleichsweise geringen Kosten aufbauen und weiterentwickeln. Auf der anderen Seite stoßen Arbeitende bei der Ausübung desselben Rechts auf rechtliche, wirtschaftliche und praktische Hindernisse.

In Wirklichkeit müssen die kleinen Gruppen, die als unabhängige Gewerkschaften anerkannt werden möchten, zunächst eine gewisse Handlungsfähigkeit entwickeln, die es ihnen ermöglicht, mit diesen Schwierigkeiten umzugehen.

Sie müssen zumindest ein ausreichendes Verständnis für ihre gemeinsamen Anliegen entwickeln, gegenseitige Unterstützung unter Kolleg*innen aufbauen und eine Perspektive für den Aufbau einer Organisation entwickeln.

Nur so können sie die Hindernisse überwinden, die sie davon abhalten, aktiv zu werden – beispielsweise die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes sowie vor Anschuldigungen oder Zuschreibungen, mit denen sie möglicherweise konfrontiert werden.

Aus Sicht der Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) bedeutet das Prinzip der Vereinigungsfreiheit, dass sowohl Arbeitende als auch Arbeitgeber*innen in der Lage sein müssen, ihre eigenen Organisationen zu gründen und zu verwalten, ohne ungerechtfertigte Eingriffe des Staates.

In ihren Berichten und Stellungnahmen zu Iran haben die Kontrollorgane der Internationalen Arbeitsorganisation im Laufe der Jahre wiederholt die Notwendigkeit betont, die Vereinigungsfreiheit der Arbeitenden zu stärken und die weiterhin bestehenden Einschränkungen abzubauen.

Veröffentlicht am 7. August von **davtalaborg** und von der Redaktion von **Écho d'Iran** übersetzt.

Quelle: <https://t.me/davtalaborg/10443>



SOLIDARITÄT

„Jin Jiyan Azadî“ – Frau, Leben, Freiheit

Erklärung der Gewerkschaft Solidaires · Paris, 8. September 2026

Am 16. September 2022 starb die 22-jährige Kurdin **Jina Amini**, nachdem sie sich geweigert hatte, sich dem Gesetz zum Tragen des Schleiers im öffentlichen Raum zu unterwerfen. Ihr Tod löste den Aufstand „Jin, Jiyan, Azadî“ („Frau, Leben, Freiheit“) aus. Der Slogan wurde zu einem feministischen Ruf des Widerstands im Iran und darüber hinaus.

Solidaires beschreibt den Aufstand als Ausdruck verschiedener Formen der Unterdrückung von Frauen, der Forderung nach individuellen und kollektiven Rechten und der Ablehnung des iranischen patriarchalen Regimes. Dieses institutionalisierte die Kontrolle über die Körper von Frauen unter anderem durch geschlechtliche Trennung im öffentlichen Raum.

Unter Berufung auf Amnesty International wird angegeben, dass mehr als **551 Demonstrierende getötet**, darunter **68 Minderjährige**, und mehr als **22.000**

Demonstrierende festgenommen worden seien. Amnesty International habe außerdem darauf hingewiesen, dass sexuelle Gewalt als wichtiges Instrument der Repression durch die iranischen Behörden eingesetzt werde.

551

getötete
Demonstrierende 2022,
darunter 68
Minderjährige

22.000

Festnahmen während
des Aufstands 2022

500

Hinrichtungen seit dem
28. Februar 2026

Fast vier Jahre nach der blutigen Unterdrückung des Aufstands „Jin, Jiyan, Azadi“ habe das iranische Regime seine Politik gegenüber der Bevölkerung fortgesetzt.

Für Ende Dezember 2025 und Anfang Januar 2026 beschreibt der Text eine schwere Wirtschaftskrise und große Massenproteste. Laut der im Dokument genannten Organisation HRAANA seien dabei mehr als **7.000 Demonstrierende getötet** worden.

Seit dem **28. Februar 2026** habe der israelisch-amerikanische Krieg dem Regime außerdem ermöglicht, seine Militarisierung und Repression zu verstärken. Die Repression gegen die iranische Bevölkerung habe sich verschärft; laut dem Text seien seit Beginn des Konflikts **500 Menschen hingerichtet** worden. Gleichzeitig hätten israelisch-amerikanische Bombardierungen erhebliche und irreversible ökologische Schäden verursacht.

Die zunehmende Militarisierung verstärke patriarchale Normen und die Gewalt gegen Frauen.

Bereits vor den Luftangriffen sei die wirtschaftliche Lage katastrophal gewesen. Die Inflation bei Lebensmitteln und Getränken habe laut dem Dokument **127,5 %** erreicht.

Der Krieg habe soziale und geschlechtsspezifische Ungleichheiten weiter verschärft. Frauen seien während eines Krieges besonders stark von Inflation, Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt und psychischer Erschöpfung betroffen.

Der Text beschreibt die Frauen im Iran als mit zwei zentralen Gegnern konfrontiert: dem iranischen Regime und den israelisch-amerikanischen Bombardierungen. Der Text schließt mit der Aussage, dass die Befreiung der Frauen durch ihre eigenen Kämpfe erreicht werden müsse.

Forderungen von Solidaires

Im zweiten Teil bekräftigt die Gewerkschaft **Solidaires** ihre uneingeschränkte Unterstützung für alle Formen des Kampfes der Menschen im Iran um Emanzipation.

Gefordert werden insbesondere:

- das uneingeschränkte Recht der Frauen, frei über ihren eigenen Körper zu entscheiden, einschließlich der Entscheidung, einen Schleier zu tragen oder nicht;
- die Abschaffung aller frauenfeindlichen Gesetze und der geschlechtlichen Apartheid;
- die Abschaffung jeder Diskriminierung von Frauen, LGBTQIA+-Personen, nationalen und religiösen Minderheiten sowie Geflüchteten aus Afghanistan;
- die Achtung der Rechte von Beschäftigten, insbesondere des Rechts, sich zu organisieren, zu demonstrieren und zu streiken;
- die sofortige Beendigung von Hinrichtungen und die Abschaffung der Todesstrafe;
- die Freilassung aller Menschen, die wegen der Wahrnehmung ihrer grundlegenden Rechte inhaftiert wurden;
- die Beendigung des Krieges sowie die Aufhebung der wirtschaftlichen und politischen Sanktionen gegen die Bevölkerung;
- finanzielle und strafrechtliche Sanktionen gegen diejenigen, die Gewalt und Verbrechen gegen die Bevölkerung verüben oder diese befehlen.



IMPERIALISTISCHER KRIEG

Die USA treffen eine Hochzeitsfeier und töten fünf Menschen

6. September 2026

Im Süden Irans hat am Mittwoch, dem 2. September, ein erneuter US-amerikanischer Militäreinsatz eine Hochzeitsfeier getroffen. Dabei wurden fünf Menschen getötet und 67 weitere verletzt. Dies ist ein brutales Beispiel für die Folgen der Wiederaufnahme der US-amerikanischen Bombardierungen gegen den Iran.

Am 2. September verwandelte sich eine Hochzeitsfeier im Süden Irans in eine Szene des Blutvergießens, als eine US-amerikanische Munition allem Anschein nach direkt den Ort der Feier traf.

Der Angriff tötete mehrere Zivilpersonen, darunter einen vierjährigen Jungen, und verletzte fast 70 Menschen. Dies geht aus einer von Reuters durchgeführten Analyse hervor, die auf authentifizierten Videos und Bildern basiert.

Waffenexpert*innen kommen zu dem Schluss, dass die beobachteten Schäden mit einem direkten US-amerikanischen Angriff vereinbar sind. Damit werden die Behauptungen ernsthaft infrage gestellt, wonach die Betroffenen möglicherweise von einem iranischen Abfangflugkörper oder von einem Geschoss getroffen worden sein könnten, das von einem anderen Ziel abgeprallt war.

Der Angriff verwüstete eine Hochzeitsfeier in Kuhestak im Landkreis Sirik in der Provinz Hormozgan, während sich Dutzende Familienangehörige und Gäste versammelt hatten, um das Ereignis zu feiern.

Nach den vorliegenden Informationen forderte der Angriff zunächst vier Todesopfer und 67 Verletzte.

Zu den Opfern gehörten der vierjährige Amir Mohammad Karimi und der 16-jährige Mohammad Mallahi.

Zwei weitere Menschen, die sich auf der Hochzeitsfeier befanden, verloren ebenfalls ihr Leben.

Die Zahl der Todesopfer stieg anschließend auf fünf, nachdem eine 22-jährige Frau, die bei dem Angriff schwer verletzt worden war, im Krankenhaus ihren Verletzungen erlag.

Quelle: https://www.iran-echo.com/echo_pdf/MARRIAGE2.pdf



MENSCHENRECHTE

Zehn Todesurteile und 256 Jahre Haft für die Angeklagten im Fall des „Märtyrerplatzes von Isfahan“

1. September 2026

Die erste Kammer des Revolutionsgerichts von Isfahan hat zehn Menschen aus dem Kreis der bei den Protesten im Januar 2026 Festgenommenen zum Tode verurteilt. Es handelt sich um eines der härtesten Urteile, die bisher gegen inhaftierte Demonstrierende verhängt wurden.

10

Todesurteile in erster Instanz

16

Angeklagte im Fall „Märtyrerplatz“

256

Jahre Haft insgesamt

Sechs weitere Angeklagte wurden ebenfalls zu langen Haftstrafen verurteilt. Damit beläuft sich die Gesamtdauer der gegen die 16 Angeklagten verhängten Freiheitsstrafen auf 256 Jahre.

Die Urteile wurden in erster Instanz ausgesprochen und können noch angefochten werden; ein Rechtsmittel und ein Berufungsverfahren sind möglich.

Laut einem Bericht der Menschenrechtsorganisation HRANA wurden Taraneh Rahimi, Navid Elyasi, Abolfazl Dadgostar, Mehdi Mansouri, Ahmadreza Saeidi, Mehrdad Boueri, Mohammadmehdi Asadi, Armin Gholami, Parsa Jafari und Mehdi Jafari, bekannt unter dem Namen Mehdi Khosravi, jeweils zum Tode sowie zu elf Jahren Haft verurteilt.

Romina Rahimi und Milad Boueri wurden jeweils zu 36 Jahren Haft verurteilt, Hamed Mehralian zu 26 Jahren. Setayesh Saedi, Sajjad Abedi und Ali Boueri erhielten jeweils 16 Jahre Haft.

Besondere Aufmerksamkeit gilt dem Schicksal von Taraneh und Romina Rahimi, zwei 20-jährigen Zwillingsschwestern: Taraneh ist vom Todesurteil bedroht, während Romina zu 36 Jahren Haft verurteilt wurde.

Menschenrechtsorganisationen hatten bereits zuvor über den Fall dieser beiden Schwestern und der anderen Angeklagten berichtet und dabei die große Besorgnis von Menschenrechtsaktivist:innen über den Verlauf des Gerichtsverfahrens zum Ausdruck gebracht.

Diesen Berichten zufolge waren die meisten Angeklagten keine bekannten politischen Aktivist:innen. Einige von ihnen waren Besitzer:innen oder Beschäftigte von Schuhgeschäften in der Umgebung des Märtyrerplatzes.

Der Fall steht im Zusammenhang mit den Ereignissen während der Proteste im Januar dieses Jahres auf dem Märtyrerplatz und in den angrenzenden Straßen. Dabei kamen zwei Menschen ums Leben – ein Mitglied der Revolutionsgarden und ein obdachloser Bürger.

Den veröffentlichten Informationen zur Anklageschrift zufolge wird jedoch keine der 16 angeklagten Personen konkret wegen der Tötung dieser beiden Menschen strafrechtlich verfolgt.

Die wichtigsten erhobenen Vorwürfe lauten:

- „Krieg gegen Gott“ (*moharebeh*) durch das Tragen von Stich- und Hieb Waffen,
- die als *moharebeh* eingestufte Zerstörung öffentlichen Eigentums,
- „Versammlung und geheime Absprache“ sowie
- „Propagandaaktivitäten gegen das Regime“.

Genau darin liegt einer der zentralen ungeklärten Punkte dieses Falls.

Laut HRANA wurde kein Dokument vorgelegt, das eine direkte Beteiligung der Angeklagten am Tod dieser beiden Menschen belegt – auch nicht während der Gerichtsverhandlung.

Was den obdachlosen Mann betrifft, weist die Organisation darauf hin, dass ein zu den Gerichtsakten gehörendes Video Taraneh Rahimi nicht bei der Beteiligung an den Gewalttaten zeigt, sondern vielmehr dabei, wie sie versucht, diese zu beenden.

Im sogenannten Fall des „Alikhani-Platzes“ wurden zwischen dem 19. Juli und dem 20. August fünf der im Zusammenhang mit den Januarprotesten Angeklagten hingerichtet. Zwei von ihnen wurden öffentlich auf dem Alikhani-Platz gehängt.

Die Organisation Iran Human Rights teilte mit, dass Ghaem Hosseini, das letzte Mitglied dieser Gruppe, am 20. August im Zentralgefängnis von Isfahan hingerichtet wurde.

Diese Erfahrungen haben dazu geführt, dass die zehn neuen Todesurteile nicht als bloße theoretische Drohung betrachtet werden.

Amnesty International hatte bereits davor gewarnt, dass die Islamische Republik nach den Protesten im Januar und nach Beginn des Krieges den Einsatz der Todesstrafe gegen Demonstrierende und Oppositionelle verstärkt habe.

Im Mai waren nach Angaben der Organisation mindestens 41 Menschen, die während der Januarproteste festgenommen worden waren, von einem Todesurteil oder dessen Vollstreckung bedroht.

Amnesty prangerte außerdem „zutiefst unfaires“ Vorgehen in den Gerichtsverfahren sowie den Einsatz der Todesstrafe als Instrument zur Unterdrückung von Protesten an.

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts hatte weder die Justiz der Islamischen Republik noch die offiziellen, der Justiz unterstehenden Medien eine unabhängige Erklärung zu diesen zehn Todesurteilen veröffentlicht.

Die gleichzeitige Verhängung von zehn Todesurteilen gegen Angeklagte in einem einzigen, mit den Protesten verbundenen Fall sowie die Vorwürfe von Folter, die Einschränkungen beim Zugang zu Rechtsanwält:innen und das Fehlen eines konkreten Mordvorwurfs in der Anklageschrift haben den Fall des „Märtyrerplatzes von Isfahan“ zu einem der wichtigsten Menschenrechtsfälle im Zusammenhang mit den Protesten von 2026 gemacht.

Die Erfahrungen aus dem Fall des „Alikhani-Platzes“ zeigen, dass bei Verfahren im Zusammenhang mit Protesten die Zeit zwischen der endgültigen Bestätigung eines Todesurteils und dessen Vollstreckung sehr kurz sein kann.

Quelle: https://www.iran-echo.com/echo_pdf/01092026.pdf



ARBEIT

Das „Koolbari“ in Teheran

Wenn der Lieferdienst zu Fuß geht

30. August 2026

Der Begriff „Koolbari“ bezeichnet Menschen, die ihren Lebensunterhalt damit verdienen, Waren auf ihren Schultern zu transportieren. In den vergangenen Tagen kursierten in den sozialen Netzwerken Anzeigen und Beiträge über die Suche nach „Lieferant:innen zu Fuß“ in Teheran.

Dabei handelt es sich um Beschäftigte, die ohne Motorrad zu Fuß – teilweise unter Nutzung von U-Bahn und Bussen – Essensbestellungen, Waren oder Pakete von Geschäften zu den Kund:innen bringen.

In einigen dieser Anzeigen wird ein Monatslohn von 18 bis 22 Millionen Toman (weniger als 100 Euro) genannt. Dies hat insbesondere den Ausdruck „Koolbari in Teheran“ bekannt gemacht – in Anlehnung an den Begriff „Koolbari“, der den Transport von Waren auf dem Rücken bezeichnet und vor allem in den Grenzregionen Irans verbreitet ist.

Der „Lieferdienst zu Fuß“ ist allerdings kein Phänomen, das erst in den vergangenen Tagen entstanden wäre. Eine Suche in älteren Stellenanzeigen aus Teheran zeigt, dass bereits seit mehreren Jahren Restaurants, Geschäfte und Lieferunternehmen Menschen für diese Art von Arbeit suchten.

In einer Anzeige wurde beispielsweise eine Person gesucht, die zu Fuß Pakete zwischen Geschäften für Computerprodukte transportiert. In einer anderen hatte ein Transportunternehmen mehrere Hundert Menschen dazu aufgerufen, Pakete „zu Fuß oder mit U-Bahn, Bus und Taxi“ auszuliefern.

Auch ein Restaurant im Großen Basar von Teheran suchte zu Fuß arbeitende Lieferant:innen, um Lebensmittel in der Umgebung des Marktes auszuliefern.

Neu ist daher nicht das Auftreten dieses Berufs, sondern die Tatsache, dass er 2026 erneut stärker in den Vordergrund rückt – vor dem Hintergrund einer schweren Krise des Lebensstandards und des Arbeitsmarktes.

Ein Betrag von 18 bis 22 Millionen Toman (80 bis 100 Euro) stellt keineswegs einen besonders hohen Lohn dar. Der gesetzliche Mindestlohn für Beschäftigte wurde für 2026 auf etwa 16,625 Millionen Toman pro Monat (80 Euro) festgesetzt.

Die Wohnzulage wurde nach Zustimmung der Regierung auf 3 Millionen Toman (14 Euro) erhöht, während die Zulage für lebensnotwendige Güter 2,2 Millionen Toman (10 Euro) beträgt.

Damit erreicht das Mindesteinkommen für eine Vollzeitbeschäftigung, die dem Arbeitsgesetz unterliegt, bereits knapp 22 Millionen Toman (100 Euro) – noch bevor bestimmte zusätzliche Leistungen wie Heiratszulage, Dienstalterszulage oder Familienzulagen hinzukommen.

Mit anderen Worten: Der für einige „Lieferant:innen zu Fuß“ angegebene Höchstbetrag entspricht ungefähr dem gesetzlichen Mindestlohn.

Auch dieser Mindestlohn hat bereits kurze Zeit nach Beginn des Jahres einen erheblichen Teil seiner Kaufkraft verloren.

Mohsen Bagheri, Vertreter der offiziellen „Gewerkschaften“ im Obersten Arbeitsrat, erklärte im August, die Kosten für den Warenkorb der notwendigen Ausgaben zur Sicherung des Lebensunterhalts von Beschäftigten hätten sich gegenüber dem im Dezember 2025 berechneten Niveau nahezu verdoppelt. Der zu Beginn des Jahres festgelegte Lohn reiche inzwischen nicht mehr aus, um den Mindestbedarf der Haushalte zu decken.

Nach den jüngsten offiziellen Statistiken, die in denselben Berichten zitiert werden, hatte die jährliche Inflationsrate im Juni 2026 57,7 Prozent erreicht.

Auch der Markt für Motorradkurier:innen vermittelt ein recht klares Bild von der heutigen Beschäftigungssituation im Iran.

Davoud Mohammadi, Vorsitzender des Arbeitgeberverbands für den Transport leichter Güter im Stadtgebiet und für Motorradkurier:innen in Teheran, erklärte im vergangenen Mai, dass die zunehmende Zahl von Stellenstreichungen in Unternehmen immer mehr Menschen dazu gebracht habe, sich der Auslieferung mit dem Motorrad zuzuwenden, um ihren Lebensunterhalt zu sichern.

Gleichzeitig führte die wirtschaftliche Rezession jedoch zu einem Rückgang des Auftragsvolumens und setzte damit die Einkommen der Beschäftigten in diesem Bereich unter Druck.

Seiner Aussage zufolge beginnen viele Menschen diese Tätigkeit nicht aus beruflicher Entscheidung, sondern weil sie Schwierigkeiten haben, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Für eine:n Lieferant:in ist das Motorrad nicht einfach ein Fortbewegungsmittel: Es ist das Arbeitsgerät und zugleich das notwendige Startkapital.

Der Kauf des Fahrzeugs, Reparaturen und Wartung, Reifen, Ersatzteile und Versicherungen müssen allesamt aus den Einnahmen der Tätigkeit finanziert werden.

So kostet beispielsweise allein die gesetzlich vorgeschriebene Haftpflichtversicherung für ein Motorrad im Jahr 2026 je nach Fahrzeugtyp etwa 14 Euro pro Jahr.

Hinzu kommen der Wertverlust des Fahrzeugs und das ständige Unfallrisiko.

Unter solchen Bedingungen kann eine Person, die nicht über das notwendige Kapital verfügt, um ein Motorrad zu kaufen oder instand zu halten, an die unterste Stufe dieses Arbeitsmarktes gedrängt werden: dieselbe Transportarbeit zu verrichten, jedoch mit dem eigenen Körper.

Auch die Frage der sozialen Absicherung ist von besonderer Bedeutung.

Der Vorsitzende des Verbands der Motorradkurier:innen von Teheran erklärte, dass viele Beschäftigte in diesem Bereich noch immer keinen ausreichenden Sozialversicherungsschutz genießen.

Noch ausgeprägter ist das Problem in der Plattformökonomie: Die Frage der Versicherung von Fahrer:innen und Kurier:innen, die für Online-Plattformen arbeiten, ist seit Jahren Gegenstand von Auseinandersetzungen zwischen Unternehmen, Staat und Beschäftigten.

Zu den diskutierten Möglichkeiten gehört eine freiwillige Versicherung, die 2026 für die betreffende Person selbst fast sechs Millionen Toman pro Monat (28 Euro) kosten könnte.

Es wird davon ausgegangen, dass ein solches System auch den Anteil und die Verantwortung auf die Beschäftigten überträgt, die eigentlich dem Arbeitgeber obliegen sollten.

Der Ausdruck „Koolbari in Teheran“ ist allerdings als Metapher zu verstehen.

In den Grenzregionen müssen Koolbars nicht nur sehr schwere Lasten transportieren, sondern sich auch mit Bergen, extremer Kälte, Absturzgefahr, Minen und Schüssen von Grenzpolizeikräften auseinandersetzen.

Ihre Arbeitsbedingungen können daher nicht mit denen eines städtischen Lieferdienstes gleichgesetzt werden.

Die Gemeinsamkeit ist jedoch offensichtlich: In beiden Fällen wird der menschliche Körper selbst zum wichtigsten Werkzeug, um den Lebensunterhalt zu verdienen, wenn das notwendige Startkapital, ein sicherer Arbeitsplatz und die Produktionsmittel für Beschäftigte unerreichbar werden.

Vielleicht liegt genau darin heute die tiefere Bedeutung des Ausdrucks „Lieferant:in zu Fuß“ in Teheran: eine Wirtschaft, die für einen wachsenden Teil der erwerbstätigen Bevölkerung keine Wege des beruflichen Aufstiegs mehr schafft, sondern neue Formen des Überlebens hervorbringt – Arbeitsplätze, die weniger Startkapital erfordern, bei denen jedoch der Anteil körperlicher Arbeit und der Einsatz des menschlichen Körpers größer sind.

Quelle: https://www.iran-echo.com/echo_pdf/koolbari.pdf



GESPRÄCH

Die politische Ökonomie des Krieges gegen den Iran

Gespräch mit Adam Hanieh

24. August 2026 · Gespräch geführt von den Verantwortlichen der Rubrik „Arabische Halbinsel (AP)“ der Website *Jadaliyya*

Seit Israel im Juni 2025 seinen Angriff auf den Iran begonnen hat, wurde der Konflikt vor allem unter dem Gesichtspunkt der militärischen Eskalation und der Schwankungen auf den globalen Energiemärkten analysiert. Die Folgen des Krieges gehen jedoch weit über die Entwicklung der Ölpreise hinaus. Die zunehmenden Risiken für die Schifffahrt im Golf haben die Verwundbarkeit globaler Lieferketten sichtbar gemacht, die auf einen ununterbrochenen Transport

von Rohstoffen, industriell gefertigten Produkten und Vorprodukten angewiesen sind, die diese Region passieren.

Während Regierungen, Unternehmen und Finanzmärkte die Auswirkungen auf Preise und Versorgung bewerten, ist die Straße von Hormus zur zentralen strategischen Frage geworden, um die sich inzwischen zahlreiche weitere Themen gruppieren: regionale Sicherheit, Welthandel, Energieflüsse, Infrastrukturkorridore, Sanktionen, Wiederaufbau und die künftige politische Ordnung des Nahen Ostens.

Ob die Straße von Hormus offen bleibt, umkämpft wird oder durch neue „Ver einbarungen“ über logistische Strukturen verändert wird – sie ist zum zentralen Punkt geworden, um den sich die Verhandlungen zwischen den konkurrierenden Vorstellungen über die Zukunft der Region drehen.

Um diese umfassenderen Dynamiken zu analysieren, haben wir uns an den politischen Ökonomen **Adam Hanieh** gewandt. Seine Arbeiten beschäftigen sich seit Langem mit der Bedeutung der Golfregion für den internationalen Kapitalismus, mit der politischen Ökonomie regionaler Integration sowie mit dem Verhältnis zwischen staatlicher Macht, Energie und imperialer Herrschaft.

In diesem Gespräch stellt Hanieh vereinfachende Analysen des Krieges infrage, die dessen Bedeutung auf Schwankungen der Ölpreise beschränken. Stattdessen ordnet er den Konflikt in den größeren Rahmen der politischen Ökonomie imperialer Macht ein. Er zeigt, dass die strategische Bedeutung des Golfs nicht allein in seinen Energieexporten liegt, sondern auch in seiner zentralen Rolle innerhalb globaler Lieferketten, Finanzmärkte und neu entstehender Infrastrukturkorridore.

Das Gespräch untersucht die Auswirkungen des Krieges auf die Macht der USA, die Normalisierung der Beziehungen zwischen den Golfstaaten und Israel, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und den regionalen Wiederaufbau. Zugleich wird hervorgehoben, dass die Folgen des Konflikts die besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen im Nahen Osten, in Afrika und in Südasien überproportional treffen.

Die zentrale These von Adam Hanieh lautet, dass der Krieg nicht als isoliertes geopolitisches Ereignis verstanden werden sollte. Vielmehr ist er Teil eines umfassenderen Konflikts um die Organisation von Handel, Kapitalflüssen, Infrastruktur und politischer Autorität innerhalb einer sich schnell verändernden Weltordnung.

Die Antworten auf diese Fragen stammen aus Anfang Juni 2026.

A.P. – Chefredakteur:innen der Rubrik „Arabische Halbinsel“ von *Jadaliyya*: In Ihren jüngsten Veröffentlichungen betonen Sie die zentrale Bedeutung der Straße von Hormus nicht nur für die weltweiten Ölströme, sondern auch für Lieferketten im weiteren Sinne. Welche Aspekte der gegenwärtigen Störungen werden Ihrer Ansicht nach übersehen oder unzureichend analysiert? Und was könnte ein künftig vom Iran dominiertes Regime über die Straße von Hormus für die Organisation des regionalen und globalen Handels bedeuten?

Adam Hanieh (AH): Ein großer Teil der medialen Berichterstattung über die wirtschaftlichen Aspekte eines amerikanisch-israelischen Krieges gegen den Iran konzentrierte sich auf die Entwicklung der Ölpreise und deren Auswirkungen auf Verbraucher:innen in den USA oder in Westeuropa.

Was dabei ausgeblendet wird, ist die Tatsache, dass die Straße von Hormus nicht nur ein Nadelöhr für den Öltransport ist, sondern auch eine bedeutende Handelsroute für zahlreiche andere Rohstoffe, darunter Grundchemikalien, petrochemische Rohstoffe, Düngemittel und Aluminium.

In diesem Sinne hat der Krieg gezeigt, dass wir uns von dem orientalistischen Klischee lösen müssen, das die Golfstaaten auf bloße „riesige Ölhähne“ reduziert. Stattdessen müssen wir ihre zentrale Rolle in den globalen industriellen Lieferketten im weiteren Sinne verstehen.

Das ist besonders wichtig, weil sich die wichtigsten Handelsverbindungen der Golfregion inzwischen zunehmend nach Osten orientieren und nicht mehr hauptsächlich in Richtung USA oder Westeuropa. Die Region verbindet Ostasien, Süd-asien und den afrikanischen Kontinent über die Ströme grundlegender Rohstoffe, die die landwirtschaftliche und industrielle Produktion ermöglichen.

Aufgrund dieser Veränderungen in der geografischen Struktur des Handels sind die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges potenziell sehr gravierend und gehen weit über einen einfachen Energieschock hinaus – insbesondere in Ländern, die bereits mit Krieg und Konflikten konfrontiert sind.

Nehmen wir den Sudan als Beispiel. Im Jahr 2024 importierte der Sudan **54 % seiner Düngemittel auf dem Seeweg aus der Golfregion** – der höchste Anteil weltweit.

Der Sudan wird zudem von einem Bürgerkrieg erschüttert, der seit drei Jahren andauert und in dem Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate eine wichtige Rolle spielen [als Akteure, die gegnerische militärische Fraktionen

unterstützen]. Dieser Krieg hat dazu geführt, dass ein Drittel der sudanesischen Bevölkerung vertrieben wurde.

Hier zeigt sich also, wie der amerikanisch-israelische Krieg gegen den Iran bereits bestehende Krisen weiter verschärfen kann.

Die Kontrolle der Warenbewegungen durch die Straße von Hormus würde dem Iran offensichtlich einen starken Hebel gegenüber der weltweiten Schifffahrt, den Energieflüssen und den sicherheitspolitischen Kalkulationen in der Region verschaffen.

Ich denke jedoch, dass ein solcher Schritt erheblichen Druck seitens der großen asiatischen Importländer auslösen würde, die von einer ununterbrochenen Versorgung aus der Golfregion abhängig sind. Meiner Einschätzung nach ist es daher wenig wahrscheinlich, dass sie eine solche Regelung akzeptieren würden.

Langfristig könnte dies die Bemühungen beschleunigen, Transportwege und Lieferanten stärker zu diversifizieren.

AP: In den vergangenen Jahren haben wir eine ganze Reihe von Initiativen erlebt, die Alternativen zur Straße von Hormus entwickeln sollen: Landkorridore, die die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) mit Jordanien und Israel verbinden, Ölpipelines, die die Ölfelder im Osten Saudi-Arabiens mit Häfen am Roten Meer verbinden, sowie eher improvisierte Umleitungen innerhalb der Vereinigten Arabischen Emirate und zwischen den VAE und Oman.

Glauben Sie, dass diese Initiativen zu nachhaltigen und langfristig tragfähigen Infrastrukturen führen werden?

In welchem Umfang können sie die Abhängigkeit der Golfstaaten – und der globalen Lieferketten – von der Straße von Hormus tatsächlich verringern?

Und welche analytische Perspektive sollten wir verwenden, um die Tragfähigkeit und strategische Bedeutung dieser sogenannten „Alternativen“ zu beurteilen?

AH: Die emiratische Pipeline ins Landesinnere nach **Fudschaira** [eine Stadt in den VAE], die saudischen Pipelines zum Roten Meer sowie der Ausbau von Straßen- und Hafenverbindungen innerhalb der Vereinigten Arabischen Emirate könnten den Druck auf bestimmte Rohölexporte verringern.

Ich glaube jedoch nicht, dass sie die über viele Jahrzehnte aufgebaute Dichte der multimodalen Infrastruktur im Golf ohne Weiteres ersetzen können.

Auch hier muss man sich vor Augen halten, dass die Golfstaaten nicht nur Erdölexporteure sind: Pipelines können weder Düngemittel noch Chemikalien, Lebensmittel oder andere in der Region produzierte Waren transportieren.

Diese alternativen Infrastrukturen sind außerdem anfällig für militärische Angriffe und Sabotage.

Ich halte es für wichtig, diese verschiedenen Infrastrukturprojekte im Kontext der gesamten Region zu analysieren – insbesondere im Hinblick auf die Versuche der USA und Europas, eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den Golfstaaten und Israel voranzutreiben.

Der **India-Middle East-Europe Economic Corridor (IMEC)** ist dafür ein Beispiel. Er soll alternative Energie- und Handelskorridore schaffen, die Indien über die Golfregion, Jordanien und Israel mit Europa verbinden.

Dieser Vorschlag entstand bereits vor dem Völkermord in Gaza, und seit Oktober 2023 werden die entsprechenden Gespräche mit großer Intensität fortgeführt.

Der IMEC wird von den USA und europäischen Mächten ausdrücklich als Gegengewicht zur chinesischen Initiative „**Belt and Road**“ im Nahen Osten dargestellt.

Auch die „**3+1-Gasinitiative**“, die Israel, Zypern und Griechenland miteinander verbindet, wurde als Möglichkeit präsentiert, die Abhängigkeit Europas von russischem Gas zu verringern und gleichzeitig das östliche Mittelmeer fester in eine an den USA ausgerichtete Energiearchitektur einzubinden.

In diesem Sinne stellen diese Alternativen im Bereich der künftigen Infrastrukturentwicklung Versuche dar, die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der Region neu zu organisieren und stärker um die USA und deren wichtigste Verbündete herum auszurichten.

AP: Könnte dieser Moment andererseits einen umfassenderen historischen Wendepunkt hin zu einer stärker lokalisierten Produktion und einem beschleunigten Übergang zu erneuerbaren Energien markieren?

AH: Leider glaube ich nicht, dass dies wahrscheinlich ist.

Angesichts der Störungen der Versorgung und der Preisvolatilität scheint die weltweit vorherrschende Reaktion darin zu bestehen, noch stärker auf fossile Brennstoffe zu setzen – durch neue Öl- und Gasabkommen, den Ausbau der Infrastruktur für **Flüssigerdgas (LNG)**, Subventionen für die heimische Förderung von Kohlenwasserstoffen sowie durch die Abschwächung oder Verschiebung von Umweltauflagen.

Insbesondere die USA versuchen, ihre Dominanz im Bereich der fossilen Brennstoffe zu nutzen, um ihre globalen Schwächen in anderen Bereichen auszugleichen. Wir haben das in Venezuela und nun auch in Kuba gesehen, ebenso im Zusammenhang mit dem Krieg gegen den Iran.

Auch die Kriegsführung selbst stärkt die strategische zentrale Bedeutung fossiler Brennstoffe, denn moderne Armeen sind Institutionen mit einem extrem hohen Ölverbrauch.

Ein Zustand des permanenten Krieges bindet die Welt dadurch noch stärker an die Abhängigkeit von Kohlenwasserstoffen.

Der gegenwärtige Krieg hat außerdem gezeigt, wie sehr Erdöl als weit mehr betrachtet werden muss als lediglich eine Quelle flüssiger Kraftstoffe für den Transport.

Petrochemische Produkte wie Kunststoffe, Düngemittel und andere aus Erdöl und Erdgas gewonnene synthetische Materialien sind für zahlreiche Bereiche weit über den Transportsektor hinaus von entscheidender Bedeutung – insbesondere für die Ernährungs- und Landwirtschaftssysteme sowie für ein breites Spektrum industrieller Produktionsbereiche.

Ich denke jedoch, dass das zentrale Problem hier in dem falschen Glauben liegt, wir würden uns gewissermaßen bereits in einer „**Energiewende**“ hin zu **erneuerbaren Energien** befinden.

Das Jahr 2025 verzeichnete den höchsten Verbrauch von Erdöl, Erdgas und Kohle in der Geschichte der Menschheit.

Aufgrund der dem Kapitalismus innewohnenden Tendenz zur grenzenlosen Expansion steigt der Energieverbrauch tendenziell immer weiter.

Was wir beobachten, ist vielmehr eine **Ergänzung fossiler Brennstoffe durch erneuerbare Energien** – ähnlich wie der sogenannte „**Übergang von Kohle zu Erdöl**“ in der Mitte des 20. Jahrhunderts nicht zu einem Rückgang des Kohleverbrauchs geführt hat, sondern zu dessen weiterer Ausweitung.

Die Golfstaaten veranschaulichen diese kumulative Entwicklung der Energiesysteme sehr deutlich.

Sie investieren dort in erheblichem Umfang in Solarenergie, Windkraft und andere Formen emissionsarmer Infrastruktur. Gleichzeitig setzen sie sich ehrgeizige Ziele für die Nutzung erneuerbarer Energien bei der Stromerzeugung.

Dies geschieht jedoch parallel zu geplanten Steigerungen der Öl- und Gasproduktion und nicht an deren Stelle.

Der wichtigste Grund für den Ausbau erneuerbarer Energien besteht darin, dass die Golfstaaten mehr Öl und Gas für den Export verfügbar machen wollen, anstatt diese Rohstoffe im eigenen Land zur Stromerzeugung zu verbrennen.

Wie der saudische Energieminister **Prinz Abdulaziz bin Salman** vor einigen Jahren erklärte, bieten erneuerbare Energien einen „**dreifachen Vorteil**“: höhere Ölexporte, günstigere Energie im eigenen Land und das Prestige, das mit der Erfüllung von Emissionszielen verbunden ist.

Statt eines Abschieds von fossilen Brennstoffen erleben wir daher vielmehr eine **Überlagerung erneuerbarer Energien auf einer weiter wachsenden Basis von Kohlenwasserstoffen.**

AP: Obwohl dieser Krieg häufig als Auseinandersetzung mit dem Iran dargestellt wird, kann er auch als ein Konflikt verstanden werden, in den die Golfstaaten selbst tief verwickelt sind.

Der politische Diskurs der USA – insbesondere unter Trump – hat häufig darauf gesetzt, von den Volkswirtschaften der Golfstaaten wirtschaftliche und strategische Zugeständnisse im Austausch für sogenannte Sicherheitsgarantien zu erhalten.

Wie interpretieren Sie die Interessen der USA innerhalb des GCC (Golf-Kooperationsrat) im Kontext dieses Krieges?

In welchem Ausmaß sind die Golfstaaten innerhalb dieser umfassenderen geopolitischen und wirtschaftlichen Strategie Partner, Kund:innen oder sogar Orte der Rohstoffausbeutung?

AH: Seit der Mitte des 20. Jahrhunderts bildet die Golfregion eine zentrale Säule der globalen Macht der USA. Das liegt zunächst und vor allem an den enormen Öl- und Gasvorkommen der Region, die nach dem Zweiten Weltkrieg zum weltweiten Aufstieg des Erdöls beigetragen haben.

Doch die Bedeutung der Golfregion beschränkte sich nie allein auf die physischen Energieressourcen. Ebenso wichtig sind die enormen finanziellen Überschüsse, die durch die Öl- und Gasexporte erwirtschaftet werden.

Seit den 1970er-Jahren wurden diese Überschüsse zu einem großen Teil in auf US-Dollar lautende Vermögenswerte, in westliche Banken, auf den US-Markt für Staatsanleihen sowie in den Kauf von US-amerikanischem Militärgerät investiert.

Durch diese Finanzströme spielte die Golfregion eine zentrale Rolle sowohl bei der Aufrechterhaltung der internationalen Rolle des US-Dollars als auch bei der umfassenderen Architektur der US-amerikanischen Finanzmacht.

Was sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten verändert hat, ist das Entstehen neuer Zentren der Kapitalakkumulation außerhalb der USA, insbesondere in China.

Der Aufstieg Chinas ging mit einer relativen Schwächung der US-Dominanz in den Bereichen Technologie, Industrie, Lieferketten und wichtiger Infrastruktur einher.

Gleichzeitig sind die USA heute mit einer Reihe tiefgreifender innerer Probleme konfrontiert, darunter politische Dysfunktion, zunehmende soziale Gewalt, Masseninhaftierung, das Problem der Wohnungslosigkeit und der Verfall der öffentlichen Infrastruktur.

Ich denke, dass die Beziehungen zwischen den USA und dem **GCC (Golf-Kooperationsrat)** vor diesem umfassenderen globalen Hintergrund verstanden werden müssen.

Was die USA zu tun versuchen – und dabei handelt es sich um ein Projekt, das bereits vor Trump begann –, ist, ihre Vormachtstellung im Nahen Osten erneut zu bekräftigen.

Ein zentrales Element dieser Strategie besteht darin, die Beziehungen der USA zu den Monarchien der Golfregion zu vertiefen und das Projekt einer Normalisierung der Beziehungen mit Israel voranzutreiben.

Das geht weit über das frühere Modell der „Sicherheitsgarantien“ hinaus, das meiner Ansicht nach ohnehin immer etwas zu vereinfachend war.

Heute sind die Golfstaaten über Aktienmärkte, ihre Beteiligung an Private-Equity- und Hedgefonds, Investitionen ihrer Staatsfonds und andere Finanzkanäle tief in die politische Ökonomie der USA integriert – und dies parallel zu ihrem fortgesetzten Kauf von US-amerikanischem Militärgerät.

Sie teilen außerdem mit der Trump-Regierung das gleiche Engagement für eine Welt, die auf fossilen Energieträgern basiert.

Dadurch wird die Golfregion zu einem **aktiven Akteur bei der Reproduktion der Macht der USA** und nicht lediglich zu einer Gruppe passiver Kund:innen.

AP: Sehen Sie diesen Krieg als Zeichen eines Niedergangs des US-amerikanischen Imperiums, wie einige behauptet haben? Erwarten Sie nach dem Krieg eine Veränderung der Beziehungen zwischen dem GCC, den USA und Israel?

AH: Ich denke, dass wir in den vergangenen zwei Jahrzehnten zweifellos einen relativen Rückgang der globalen Dominanz der USA erlebt haben, und dieser Krieg ist ein weiteres Zeichen für diese allgemeine Entwicklung.

Ich denke allerdings nicht, dass man dies als einfachen Zusammenbruch der US-amerikanischen Macht betrachten sollte.

Die USA verfügen weiterhin über militärische Überlegenheit, und die zentrale Stellung des Dollars verleiht ihnen eine außergewöhnliche Macht, den Zugang zu den globalen Märkten durch Sanktionen und extraterritoriale Kontrollen als politisches Instrument einzusetzen.

Wie ich weiter oben hervorgehoben habe, hat diese Schwächung jedoch die Bedeutung des Nahen Ostens für die USA noch erhöht – insbesondere angesichts der Abhängigkeit Chinas von den Energieimporten aus der Region und der Bedeutung der Golfregion als wichtigem Zentrum globaler Finanzüberschüsse.

Vor diesem Hintergrund haben die USA ihren Druck zugunsten einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und den Golfstaaten fortgesetzt, mit dem Ziel, einen an den USA ausgerichteten Block zu schaffen.

Es scheint tatsächlich, dass die **Vereinigten Arabischen Emirate** ihre Beziehungen zu Israel und den USA während des Krieges weiter vertieft haben, und ich gehe davon aus, dass sich dieser Trend nach dem Konflikt fortsetzen wird.

Unklar bleibt, ob **Saudi-Arabien** den Abraham-Abkommen offiziell beitreten wird.

Anders als einige Kommentator:innen habe ich nicht den Eindruck, dass sich Saudi-Arabien während dieses gesamten Krieges von den USA entfernt hat.

Ich glaube auch nicht, dass die saudische Monarchie einer Normalisierung mit Israel grundsätzlich ablehnend gegenübersteht. Es ist schlicht unvorstellbar, dass Bahrain und die Vereinigten Arabischen Emirate den Abraham-Abkommen ohne die Zustimmung Saudi-Aubiens hätten beitreten können.

Innerhalb des GCC bestehen jedoch eindeutig Spannungen, und diese könnten sich durchaus verschärfen.

Ein entscheidender Faktor wird dabei die Art eines möglichen Abkommens zwischen den USA und dem Iran in der kommenden Zeit sein.

Ein weiterer wichtiger Aspekt dieser Frage betrifft den **Wiederaufbau und die Regelungen für die Zeit nach dem Krieg** in Gaza, im Libanon, in Syrien, in der Golfregion und anderswo.

Trumps sogenannter „**Friedensrat**“ stellt ein offensichtliches Instrument zur Normalisierung dar, indem Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Israel und andere Akteure in einem gemeinsamen institutionellen Rahmen zusammengeführt werden.

Zu einem großen Teil werden sich diese Wiederaufbaupläne als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln erweisen und sich zugleich mit den verschiedenen Infrastrukturprojekten überschneiden, die ich weiter oben erwähnt habe.

AP: Sie haben die globalen sozialen Folgen dieses Krieges hervorgehoben, die über die Ölpreise und Handelsstörungen hinausgehen.

Wie könnten sich diese Entwicklungen innerhalb des GCC selbst auswirken?

In Bahrain beispielsweise beobachten wir bereits zunehmende Spannungen – Demonstrationen, Verhaftungen und Fälle wie den von Sayed Mousawi [Journalist und Fotograf, 32 Jahre alt; er verschwand im März 2026, und eine Woche später wurde seine Leiche mit „Anzeichen“ von Folter gefunden; später räumte das Innenministerium ein, ihn wegen des „Verdachts auf Spionage“ festgenommen zu haben].

Währenddessen scheinen die Golfstaaten an anderer Stelle zunehmend auf ihre migrantischen Bevölkerungsgruppen zu achten und in ihren offiziellen Verlautbarungen Themen wie Inklusion und Einheit zu betonen.

Wie könnte dieser Moment die sozialen und politischen Dynamiken innerhalb der Golfregion verändern? Und in welchem Maße könnte er an Entwicklungen anknüpfen, die durch die Aufstände von 2011 in Gang gesetzt wurden – oder sich davon unterscheiden?

AH: Der Krieg hat zu einer deutlichen Verschärfung der Repression innerhalb des GCC geführt, insbesondere zur Inhaftierung und zum Tod von **Sayed Moustafa Mousawi** in Bahrain sowie zum Entzug der Staatsangehörigkeit von Tausenden Menschen in Kuwait.

An anderen Orten der Golfregion kam es zu Festnahmen im Zusammenhang mit Veröffentlichungen in sozialen Medien, zu Einschränkungen beim Drehen von Dokumentarfilmen oder bei der Verbreitung von Informationen, zu Warnungen vor „Gerüchten“ und zu einer verstärkten Überwachung öffentlicher Äußerungen.

Diese Maßnahmen fügen sich in einen größeren historischen Trend ein, bei dem regionale Konflikte und Spannungen dazu dienen, Repression und die Einschränkung des politischen Handlungsspielraums zu rechtfertigen.

Wir müssen außerdem darüber nachdenken, was eine wirtschaftliche Abschwächung in der Golfregion für die migrantischen Arbeitskräfte bedeuten könnte.

Migrantische Beschäftigte stellen in sämtlichen Monarchien der Golfregion einen sehr bedeutenden Teil der Arbeitskräfte dar. Millionen von Haushalten in Südasien, im Nahen Osten und in Afrika sind von den Geldüberweisungen abhängig, die diese Beschäftigten in ihre Herkunftsländer schicken.

Bei früheren Krisen, etwa 2008 und während der COVID-19-Pandemie, verloren viele Arbeitnehmer:innen ihre Arbeitsplätze und waren von Abschiebung bedroht.

Ein Rückgang der Überweisungen migrantischer Beschäftigter würde sich auf die Bevölkerungen in den Herkunftsländern weit über die Golfregion hinaus auswirken.

Wie 2011 können sich wirtschaftliche Forderungen schnell mit anderen politischen Forderungen verbinden und gesellschaftliche Spaltungen sichtbar machen.

Dies gilt insbesondere für Bahrain, wo wirtschaftliche Ungleichheiten mit konfessionell geprägten Formen der Regierungsführung verbunden sind.

In Kuwait geht der Entzug der Staatsangehörigkeit zwar auf die Zeit vor dem Krieg zurück, doch der Konflikt hat einen Vorwand geliefert, um diese Maßnahmen zu beschleunigen und zu rechtfertigen.

Die politische Landschaft in der Golfregion ist heute jedoch nicht mehr dieselbe wie 2011, als die Protestbewegungen Teil eines umfassenderen regionalen Aufstands waren.

Die repressiven Möglichkeiten der Golfstaaten sind heute größer als damals. Ich denke, dass der Raum für Protest und gesellschaftliche Opposition stärker eingeschränkt und kontrolliert wird.

Etwas hat sich heute jedoch verändert: das Ausmaß, in dem die **Normalisierung der Beziehungen mit Israel** und allgemeiner das Projekt der **Abraham-Abkommen** zu einer gesellschaftlichen Konfliktlinie innerhalb der Golfgesellschaften werden.

Die Sympathie der öffentlichen Meinung für die palästinensische Sache ist weiterhin stark ausgeprägt. Dadurch entsteht ein Spannungsverhältnis zu den Bemühungen der Regierungen der Golfstaaten, ihre Beziehungen zu Israel zu vertiefen.

Das Gespräch wurde am 22. Juni 2026 auf der Website von Jadaliyya veröffentlicht; Übersetzung durch die Redaktion von À l'Encontre.

ZUM GESPRÄCHSPARTNER

Adam Hanieh ist Professor an der **SOAS, University of London**, und Direktor des **SOAS Middle East Institute**.

Zuletzt veröffentlichte er beim **Verso Verlag** das Buch *Crude Capitalism. Oil, Corporate Power and the Making of World Market* im September 2025.

Quelle: <https://alencontre.org/moyenorient/leconomie-politique-de-la-guerre-contre-liran-entretien-avec-adam-hanieh.html>





Herausgeber



Deutsche Übersetzung: Roud-Kollektiv

Zwischen Krieg und Repression

September 2026

Weder die Repression des iranischen Regimes darf verschwiegen werden, noch darf die Bevölkerung zum Spielball eines Krieges und der Interessen imperialistischer Mächte werden.